

Umgang mit dem Wolf in Sachsen

Prof. Dr. forest. Dr.med. SVEN HERZOG

Zum Antrag „Deutschlandweit abgestimmtes Wolfsmanagement“ wird wie folgt Stellung genommen:

1. Ein länder- oder gar staatenübergreifendes einheitliches Wolfsmanagement ist aus fachlicher Sicht nicht erforderlich, ggf. sogar kontraproduktiv. Es verursacht hohe Kosten und bürokratischen Aufwand; die Mittel wären in ein lokales Management deutlich besser investiert. Wichtig ist es vielmehr, aus den internationalen Erfahrungen für ein regionales Management zu lernen.
Die Situation stellt sich derzeit so dar, dass eine Wiederbesiedlung Deutschlands durch den Wolf keineswegs homogen und lokal sehr zeitversetzt erfolgt.
In absehbarer Zeit wird Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt in großen Teilen vom Wolf besiedelt sein, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Bayern, Baden-Württemberg und Hessen sowie die weiter westlich gelegenen Bundesländer werden erst mit zeitlicher Verzögerung folgen.
Damit finden wir auch in jeder Region spezifische Probleme vor. So steht derzeit etwa in Bayern, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen noch der absolute Schutz im Vordergrund, während in den drei erstgenannten Ländern sich nicht die Frage „ob“, sondern die Frage „wann“ der Einstieg in ein aktives Management des Wolfes erfolgen muss, stellt.
2. Die beiden biogeographischen Regionen Deutschlands spielen für die Ausbreitung und Ansiedlung des Wolfes keine Rolle, hier sind ganz andere Parameter (Urstromtäler, Windrichtung, Nahrungsbasis in Form von Huftieren etc.) von Bedeutung.
3. Hinsichtlich der Möglichkeiten, von anderen Ländern zu lernen, müssen wir über die Bundesrepublik Deutschland hinausblicken. Sowohl die baltischen Länder, aber auch Schweden, Finnland und in Zukunft vermutlich die Schweiz praktizieren Elemente des Wolfsmanagements, welche zumindest in Teilen gut auf Sachsen übertragbar sind.

In Deutschland findet derzeit kein wirkliches Management des Wolfes statt, sondern man beobachtet lediglich eine Entwicklung und versucht, durch Kompensationszahlungen diejenigen Konflikte, die gerade akut werden, zu kaschieren. Ein echtes Management muss immer auch auf die zukünftige Entwicklung abgestellt sein und Entwicklungen vorwegnehmen, bevor diese zu akuten Problemen führen. Hier herrscht Nachholbedarf.

4. Der Begriff der Population wird in Politik und Verwaltung derzeit (bewusst oder unbewusst) missverständlich bzw. sogar falsch angewendet. Biologische Fakten werden wider besseres Wissen ignoriert und/oder fehlinterpretiert. Es bedarf daher keiner „Neueinordnung“, sondern einer Korrektur offensichtlicher Fehler.
Für Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern sowie Polen ist lediglich die baltisch-osteuropäische Population relevant, für Bayern und Tschechien beispielsweise zusätzlich die abruzzo-alpine Population.
5. Eine Neubewertung des Erhaltungszustandes der Population erscheint erforderlich. Dies muss allerdings nicht jährlich erfolgen, da es keine Hinweise gibt, dass sich der bei Anwendung der Kriterien der gemäß Richtlinie 92/43/EWG derzeit als günstig einzustufende Erhaltungszustand in absehbarer Zeit verschlechtern wird. Günstig im Sinne der Verordnung bedeutet, dass
 - aufgrund der Daten über die Populationsdynamik der Art anzunehmen ist, dass diese Art ein lebensfähiges Element des natürlichen Lebensraumes, dem sie angehört, bildet und langfristig weiterhin bilden wird und
 - das natürliche Verbreitungsgebiet dieser Art weder abnimmt noch in absehbarer Zeit vermutlich abnehmen wird und
 - ein genügend großer Lebensraum vorhanden ist und wahrscheinlich weiterhin vorhanden sein wird, um langfristig ein Überleben der Populationen dieser Art zu sichern

Wie unschwer zu erkennen ist, sind derzeit für den Wolf und seine Ausbreitung in Deutschland alle drei Kriterien erfüllt.

6. Die rechtssichere Wahrnehmung der Pflichten aus der Tierschutz-Nutztierhalterverordnung ist ein grundlegendes Problem für alle Weidetierhalter, welches dringend und ohne zusätzliche Bürokratie gelöst werden muss
7. Die Entnahme von Wölfen im Sinne einer Einzelentnahme wäre derzeit bereits problemlos möglich, sofern dies politisch gewollt ist. Sie ist aus biologischer und ökologischer Sicht aber nicht zielführend. Stattdessen sollten für die Zukunft Methoden bereitgestellt werden,

welche eine flächendeckende, artgerechte Aufrechterhaltung der Scheu vor dem Menschen gewährleisten. Welcher Weg bzw. welche Abfolge von Wegen dafür zu beschreiten ist, ist zu klären. Die Instrumente sind vorhanden. Derzeit sind sie politisch weitgehend nicht gewollt.

Letzteres sollte bedacht werden, wenn wir über bundeseinheitliche Standards sprechen. Der bundeseinheitliche Ansatz scheint mir hier eher die Entwicklung zu behindern als zu fördern. Zielführender ist vermutlich ein Weg „von unten nach oben“, welcher aus der spezifischen Situation eines Landes, etwa Sachsens heraus Lösungen entwickelt, die später (mit zunehmender Besiedlung durch den Wolf) auch in anderen Ländern übernommen werden können.

8. Ob eine Konzentration des Wolfes auf „Schutzzonen“ erforderlich ist, halte ich für fraglich.

Sollten wir es schaffen, in der Fläche einen bodenständigen, gelassenen und fachlich angemessenen Umgang mit dem Wolf zu erreichen, so dass dieser irgendwann als ein ganz normales Wildtier behandelt wird, so ist dies nicht erforderlich.

Sollte uns das nicht gelingen und die Fronten unter den verschiedenen Lobbygruppen sich weiter verhärten, könnten solche Zonen eine (Kompromiss-)Lösung sein. Bei einer anderen konfliktträchtigen Wildart, dem Rothirsch, funktioniert das auch, allerdings zu Lasten der Tiere. Ein solcher segregativer Weg wäre letztlich ein Beleg für das Versagen der Politik.

9. Die Unterstützung der Weidetierhalter ist dringend erforderlich, um bei dieser professionellen Gruppe Akzeptanz zu schaffen. Vom Überleben der Weidewirtschaft in Deutschland hängt viel ab. Es wäre fatal, wenn dieser naturschutzfachlich außerordentlich wertvolle und wichtige Teil der Landwirtschaft durch ein falsch verstandenes und einseitiges Artenschutzverständnis einer Wohlstandsgesellschaft langfristig verschwinden würde.

10. Kommunikations- und Umweltbildungsprojekte gibt es derzeit viele, eine Evaluation der Wirkung solcher Ansätze fehlt weitgehend.

Daher sollten in Zukunft nicht mehr, sondern weniger öffentliche Mittel in eine fragwürdige Kommunikation fließen. Eine Re-allokation entsprechender Mittel zugunsten

einer unabhängigen (!) Forschung und vor allem der Unterstützung der Weidetierhalter erscheint sinnvoll.

Zum Antrag „Umgang mit dem Wolf endlich rechtssicher regeln-Wolfsverordnung erlassen“ wird wie folgt Stellung genommen:

1. Eine rechtssichere Regelung des Umganges mit dem Wolf erscheint derzeit wichtig, da die Vielzahl der in Sachsen existierenden Vorschriften und Empfehlungen ein fachlich angemessenes Handeln oft konterkariert oder gar unmöglich macht.
2. Dabei sollten allerdings nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholt werden. Der Umgang mit dem Wolf unterliegt in Sachsen einer Überregulation, zu viele und zum Teil widersprüchliche oder konkurrierende Bestimmungen und Empfehlungen sind das Problem. Dieses lösen wir nicht durch noch mehr „law and order“, sondern durch eine konsequente Verschlinkung der Vorschriften mit klaren Aussagen dort, wo es das Wohl der Tierart Wolf oder für das Wohl der betroffenen Menschen oder Haustiere erforderlich ist.
3. Ein Grundproblem Sachsens ist das seltsame Konstrukt, dass eine Aufnahme in das Jagdrecht gleichzeitig zu massiven Einvernehmensregelungen mit der Naturschutzadministration geführt hat. Der Wolfsmanagementplan wiederum ist kein wirklicher Managementplan, sondern eher ein politisches Manifest mit erheblichen fachlichen Schwächen. Hier wäre eine fachlich anspruchsvolle Überarbeitung dringend erforderlich.
4. Man sollte sich vor Erlass weiterer Vorschriften eindeutig entscheiden, den Wolf entweder dem Jagdrecht oder dem Naturschutzrecht zu unterstellen. Beides ist möglich; für den Schutz des Wolfes spielt es keine Rolle, welchem Rechtskreis dieser zugeordnet wird. Innerhalb des jeweiligen Rechtskreises gibt es dann genügend Instrumente, um auch die unterschiedlichen Interessen der Menschen zu berücksichtigen.